

Keine Aufrüstung an Russlands Grenze

Am Samstag fand eine Kundgebung auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof in Stukenbrock statt. Ulrich Schneider, Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten, äußerte sich in einer Rede unter anderem zum Verhältnis zu Russland:

(...) Wir müssen die berechtigten Sicherheitsinteressen Russlands ernst nehmen und dürfen diesem Land militärisch nicht in dem Maße »auf die Pelle« rücken, dass es sich zu Gegenmaßnahmen veranlasst sieht.

Kein Mensch will russische Mittelstreckenraketen im Gebiet von Kaliningrad. Aber dann dürfen wir auch nicht zulassen, dass US-Raketeninfrastruktur direkt an der polnischen Ostgrenze stationiert wird – angeblich zum Schutz vor iranischen und nordkoreanischen Atomraketen, wie es noch unter der Regierung des Friedensnobelpreisträgers Obama hieß. Und wer die Sprüche der heutigen Regierung Trump hört, der kann nur dafür eintreten, dass überhaupt keine amerikanischen Waffen dort stationiert werden.

Dem Sicherheitsinteresse der baltischen Staaten und Polens ist weit mehr damit geholfen, wenn es zu einer Reaktivierung von OSZE-Prozessen kommt, als wenn deren und unser Rüstungshaushalt auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes aufgebläht wird.

Und wenn man auf die Entwicklung in der Ukraine heute schaut, dann kann man deutlich sehen, in welche politische Sackgasse die »Regime-Change«-Strategie geführt hat. Westliche Militärstrategen sprechen bereits von einem »Failed state«, dessen Überreste in einer geopolitischen Strategie neu sortiert werden müssten. Zwar war – insbesondere die US-Strategie – zur Ablösung des gewählten Präsidenten Janukowitsch erfolgreich. Aber es kann nicht angehen, dass seitens der BRD und Frankreichs, die damals eine friedliche Lösung verhandelt hatten – die dann zwar durch die rechten Kräfte in der Ukraine gebrochen wurden –, keinerlei Anstrengungen unternommen werden, die gegenwärtige Regierung von Präsident Poroschenko dazu zu veranlassen, zumindest den gemeinsam verhandelten Minsker Friedensplan tatsächlich umzusetzen. Wer auf diese Weise international getragene Vereinbarungen und Verträge für obsolet erklärt, kann nicht erwarten, dass die andere Seite eine große Bereitschaft zeigt, freiwillig die bestehenden Positionen aufzugeben.

Ich möchte an dieser Stelle aber noch an eine Gruppe von Menschen erinnern, die einerseits mit dem Ukraine-Konflikt und andererseits mit diesem Ort Stukenbrock verbunden sind: Es sind die ukrainischen Veteranen des »Großen Vaterländischen Krieges«. Gerade sie, die inzwischen hochbetagten Veteranen, die sich bis heute als Bürger der Sowjetunion verstehen, die für die Freiheit ihrer Heimat – und nicht für einen der beiden Staaten – gekämpft und gelitten haben und von deren Kameraden sicherlich mehrere tausend hier auf dem Friedhof begraben liegen, sind die Leidtragenden dieser Entwicklung.

Diese Veteranen müssen erleben, dass alles das, wofür sie sich eingesetzt haben, durch die geopolitischen Interessen und die zunehmende militärpolitische Spannung in Frage gestellt ist. Im Interesse dieser Veteranen, die ebenfalls Mitglieder in der FIR sind, rufen wir dazu auf, die militärische Eskalation zu beenden und kein »Öl ins Feuer« des ukrainischen Bürgerkrieges zu gießen. (...)